

Januar

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

Die Eroberung des Staates. — Nledner am Werk. —
Nächstens wieder Krieg. — Kultur-Blüten. — Nebenbei. —
Proletarischer Aufstand in Wien!



Jahrgang 1

BERLIN

August 1927

PREIS 30 DFG.

Nr. 11

PREIS 30 DFG.

DIE LETZTE POLITIK

DIE FREI- WIRTSCHAFT

Die Letzte Politik,
als das Sprachrohr
der fysiokrati-
schen Bewegung,
ist das wöchentlich er-
scheinende Organ der
furchtlosen Bekämpfung
aller Versclavungen in
geistiger und wirtschaft-

licher Hinsicht. Den Weg
zu diesem Ziel der Be-
freiung zeigt Ihnen auch
die „Freiwirtschaft“. das
Bundesorgan des Fysio-
kratischen Kampfbundes.
Beiden aber ist die scho-
nungslose Offenheit und
Rücksichtslosigkeit ge-
mein, die allein dem re-
volutionären Gedanken
zum Sieg verhelfen
kann

*

PROBE-
NUMMERN KOSTENFREI!
VOM VERLAG

BESTELLUNGEN
BEIM
VERLAG

**STIRN-
VERLAG
HANS
TIMM**

**BERLIN C 54
ROSENTHALER-
STRASSE 34/35**

TEL. NORDEN
12815

F A N A L

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang I

Nummer II

August 1927

„FANAL“ erscheint im Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich RM. 1.75, (Ausl. 2.05) jährlich RM. 3.50, (Ausl. 4.10), ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden. Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Berlin-Britz, Dörchduchtungsstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

Die Eroberung des Staates.

Seit Karl Marx auf dem Haager Kongreß 1872 mit den verwegenen Mitteln der Demagogie, der Schiebung und der Ranküne die unter dem Namen Erste Internationale in der Geschichte fortlebende Internationale Arbeiter-Assoziation zertrümmerte, ist der Streit, um dessentwillen diese verhängnisvolle Tat verübt wurde, niemals zur Ruhe gekommen. Es war der Streit um den Staat, den Marx und Engels erobert, Bakunin zerstört wissen wollte. Alle übrigen Fragen, um die zwischen den beiden großen Strömungen der Arbeiterbewegung gestritten wurde, waren dieser Differenz untergeordnet. Die Marxisten verlangten, daß das revolutionäre Proletariat durch Beteiligung an den Parlamentswahlen Einfluß nehmen sollte auf die Legislative der kapitalistischen Staaten und im Rahmen der staatlichen Gesetzgebung sogar die Verstaatlichung der wichtigsten Verkehrs- und Produktionsmittel anzustreben hätte: das war die natürliche Konsequenz der Lehre, die auf die Eroberung der Staatsmacht und mithin auf den schließlichen Gebrauch der auf revolutionärem Wege erlangten Staatsgewalt zur Umformung der kapitalistischen Wirtschaft in sozialistische Formen abzielte, um erst dann die Staatsorganisation durch sich selbst überflüssig zu machen und „absterben“ zu lassen. Die bakunistischen Antiautoritären zogen ihrerseits aus der Erkenntnis, daß der Staat als gegebene Ausdrucksform des Kapitalismus sein Wesen keinesfalls ändern könne, und daher die Grundforderung der proletarischen Revolution seine vollständige Zerstörung sei, den ebenso folgerichtigen Schluß, jede Beteiligung an der Verwaltung des Staates bedeute

seine Anerkennung, stärke seine Autorität und verbürge seine und also die Dauer der kapitalistischen Einrichtungen; daher seien die einzig nützlichen Kampfmittel des Proletariats diejenigen politischen und wirtschaftlichen Aktionen, welche „unmittelbar und direkt“ die Destruktion des Bestehenden ins Auge faßten. Auch das Problem, um das in der Ersten Internationale am heißesten gerungen wurde, das die Organisationsform der proletarischen Koalitionen betraf, Zentralismus oder Föderalismus, konnte nur im Zusammenhang mit der Frage entschieden werden, ob der Staat zu erobern, d. h. in praktischer Mitarbeit zu erhalten und dann im gewaltsamen Aufstand in eigene Regie zu übernehmen oder zu zerstören, also nach nur auf die Revolution bedachter Vorbereitung durch restlose Auflösung seiner Verwaltungseinrichtungen funktionsunfähig zu machen sei. Die Marxisten handelten von ihrem Standpunkt aus vernünftig, indem sie die Organisation, die sie als künftige Lenkerin des Staates betrachteten, mit den gleichen funktionellen Eigenschaften austatteten, die den Staat zum Staat machen: zentralistisch, oder was dasselbe ist, obrigkeitlich, mit bürokratischer Befehlsgewalt die nur mit formal-demokratischen Rechten versehenen Mitglieder-massen einer regierenden Führerschaft unterwerfend. Nicht minder vernünftig organisierten die bakunistischen Staatsverneiner ihren Anhang von Anfang an in der dem Staatsprinzip entgegengesetzten Form der Föderation, der Gruppierung von unten nach oben, mit Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der solidarisch verbundenen Einzelnen, bei Beschränkung aller Verwaltungsfunktionen auf die bloße Ausführung der autonomen Beschlüsse der Arbeiter selbst.

Die Verwirklichung föderalistischer Gesellschaftsformen wäre in Rußland seit 1917 Tatsache, hätten nicht leider die Marxisten ihre zeitweilige Einsicht nachträglich zurück revidiert und an Stelle der verfassungsmäßig festgelegten Räterepublik, die im Wesen anarchistisch ist — die Idee des Rätessystems wurde meines Wissens zum ersten Mal auf dem Basler Kongreß 1869 von dem belgischen Anarchisten Hins klar entwickelt und formuliert —, die schroff staatliche Diktatur einer Parteizentrale gewaltsam durchgesetzt. Die Errichtung eines neuen Staates auf den Trümmern des in der Oktoberrevolution mit vorbildlicher Gründlichkeit beseitigten früheren mußte alle die beklagenswerten Wirkungen nach sich ziehen, die das revolutionäre Weltproletariat an dem Rußland von heute in bitterster Enttäuschung fast zweifeln lassen: die Anpassung an die Staatsmethoden der

übrigen Länder, die neue ökonomische Politik mit ihrem immer weiteren Zurückweichen vor den Ansprüchen des Ausbeuterkapitals, die Proletarisierung der Kleinbauernschaft bei gleichzeitigem Hochschwelen des Kulakenkapitalismus, endlich die Omnipotenz der Bürokratie, deren entsetzlichste und vor jeder revolutionären Betrachtung verderblichste Aeußerung die blindwütige Verfolgung der linksrevolutionären Arbeiter und Bauern ist, die unter der Revolutionsparole „Alle Macht den Räten!“ noch heute etwas anderes verstehen als das kritiklose Hinnehmen ungezügelter Bürokratenwillkür. Mit diesen Erscheinungen hoffe ich mich im nächsten Heft des FANAL bei der Beschäftigung mit einigen sehr instruktiven neuen Erzeugnissen der russischen Literatur näher befassen zu können.

Die Pariser Kommune hatte sogar bei Marx und Engels vorübergehend Zweifel erweckt, ob ihre im Kommunistischen Manifest begründete These von der einfachen Uebernahme des Staates vor einer Klassenrevolution des Proletariats standhalten könne; ja, sie überwandten sich in der Adresse des Generalrats über den Bürgerkrieg in Frankreich zu dem Eingeständnis, die Kommune habe den Beweis geliefert, „daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“. Die Tatsache, daß die beiden Dioskuren, 3 Monate nach der Heraushebung dieser Sätze im Vorwort zur Neuauflage des Kommunistischen Manifestes vom 24. Juni 1872, dennoch um der Staatsfrage willen die Internationale sprengten, beweist, wie falsch die Auffassung Pannekoeks und Lenins ist, Marx und Engels hätten sich mit diesem Satz zur Zerstörung des Staates bekannt. Der Satz besagt nichts weiter, als daß die Eroberung des Staates nicht so einfach vor sich gehen könne, wie sich seine Verfasser das 1847 vorgestellt hatten und daß die Arbeiterschaft an der Staatsmaschinerie einige Veränderungen vornehmen müssen, ehe sie nach ihrem Wunsche funktioniere. Insofern hat Mehring recht, wenn er in seiner Marx-Biographie (S. 460) „einen gewissen Widerspruch“ mit den Ansichten feststellt, die im Kommunistischen Manifest bekundet waren. Mehring erklärt diesen Widerspruch mit dem Bedürfnis, der Pariser Kommune ein Lob zu spenden, das sich mit der unveränderten alten Auffassung über die Eroberung des Staates deswegen nicht gut vereinbaren ließ, „weil sie damit begonnen habe, den Schmarotzer Staat mit Stumpf und Stiel auszurotten“. Im übrigen bezeichnet Mehring den kleinen Widerspruch selbst nur als einen Vorbehalt und

widerlegt den Versuch Lenins, die von ihm veranlaßte Mitwirkung der bolschewistischen Partei bei der Zerstörung des Staates als im Einklang mit den seit 1872 von Marx und Engels vertretenen Auffassungen hinstellen, mit der bündigen Feststellung: „Später aber hat wenigstens Engels, nach dem Tode von Marx, im Kampfe mit anarchistischen Richtungen diesen Vorbehalt wieder fallen lassen und ganz die alten Anschauungen des Manifestes wiederholt.“

Die Beteiligung der revolutionären Proletarier am Parlamentarismus war bei Marx und Engels und bei den sozialdemokratischen Parteien, die ihre Theorien befolgten, logisch begründet in der Absicht, später die Staatsmacht zu übernehmen, gleichviel ob es nun einfach oder umständlich wäre, die fertige oder umzumontierende Maschine für die eigenen Zwecke in Bewegung zu setzen. Die bolschewistische Lehre, daß der Staat zu zerstören sei, das revolutionäre Proletariat aber gleichwohl Delegierte in die Parlamente, Behörden und selbst in die kapitalistischen Staatsregierungen zu entsenden habe, ist jedoch offenbar widersinnig. Was Lenin in seiner Kinderkrankheits-Broschüre zur Beschwichtigung derer sagt, die darin die Rückkehr zu sozialdemokratischen Traditionen erblicken wollten, entbehrt durchaus der Ueberzeugungskraft, mit der er in seinen anderen Schriften auch den Meinungsgegner zu fesseln weiß. Seine Argumentation läuft schließlich auf die alte Tröstung hinaus, mit der schon Wilhelm Liebknecht 1870 seinen Abstieg von dem noch 1869 geheiligten antiparlamentarischen Postament begleitete, daß man die von der Bourgeoisie zur Verfügung gestellte öffentliche Tribüne benutzen müsse, nicht um den Staat zu verwalten, sondern um ihn zu untergraben. Was die Beteiligung der Sozialdemokraten an den parlamentarischen Schachermacheien des kapitalistischen Staates untergraben hat, wissen wir: bestimmt nicht den Staat, wohl aber den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie und nicht etwa bloß eines kleinen Teiles ihrer reformistischen Führerschaft. Unsere Partei-Kommunisten unterscheiden ja so gern die Sozialdemokraten bis zum 4. August 1914 und seither und preisen die Heroen von ehemals, die sich dem Eindringen des Reformismus und der Staatsstreberei eifernd widersetzt hätten. Ja, wenn Bebel gelebt hätte — der hätte doch den Umfall zum Kriegspatriotismus nicht mitgemacht! Bitte: Am 7. März 1904 sprach August Bebel im Deutschen Reichstag zum Militäretat beim Titel „Gehalt des Kriegsministers“ folgende Sätze: „Wir werden ja nun keine roten Blumen an

unsere Helme stecken (Stürmische Heiterkeit), aber die Gesinnung bleibt doch. Sie können keinen siegreichen Krieg mehr ohne uns führen und siegen nur mit, nicht gegen uns. (Vielfaches Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es sich je bei einem Krieg um Deutschlands Existenz handelt, werden auch wir bis zum letzten Mann kämpfen, um unser Vaterland, unsern Boden zu verteidigen. Allzeit und jederzeit werden wir den Versuch, auch nur ein Stück Boden von Deutschland abzureißen, bis zum letzten Atemzug bekämpfen (Zuruf rechts: Sehr schön!) Ich rede nicht Ihnen zu Liebe . . ." Nein, Bebel redete der marxistischen Auffassung zu Liebe, daß der Staat zu erobern, somit im ganzen Umfang seines räumlichen Bestandes zu übernehmen sei, weswegen er natürlich auch als Vaterland anerkannt und bis auf das kleinste Stück Boden verteidigt werden müsse.

Unsere Kommunisten von heute wollen ja nun aber als echte Leninisten-Bolschewisten den Staat wirklich zerstören. Wie machen sie das? Nun, sie machen es genau so wie die Sozialdemokraten es machen, daß sie den Staat erobern wollen. Ein Beispiel: die Lebensmittelpreise steigen, die Mieten steigen, die Steuern steigen, die Zölle steigen, die Portokosten und Telefongebühren steigen. Warum? Letzten Endes natürlich, damit der Profit der Agrarier, der Industriellen und der Finanzkapitalisten sich vermehre, gleichzeitig doch aber und in natürlicher Wechselwirkung dazu, weil die Erhaltung und Verwaltung der Staatsmaschinerie, an deren gutem Funktionieren nur eben diese Nutznießer des Staates interessiert sind, immer teurer wird. Mag der Lohnarbeiter hungern, dem kann man die Bezahlung seiner Arbeitskraft tief unter das Existenzminimum senken, — die Staatsbürokratie aber darf nicht darben. Da schreien nun die kommunistischen Staatszerstörer Zeter und Mordio gegen die haarsträubenden Zölle, die die Brot- und Zucker- und Fleischpreise unerschwinglich machen, — gleichzeitig aber jubeln sie die demonstrierenden Staatsbeamten an, wenn sie höhere Gehälter verlangen, deren Bewilligung von den den Arbeitern herausgepreßten Lohnabzügen abhängig ist. Die Regierungsparteien, die Demokraten, die Noskemänner, die Kommunisten — alles rennt einander die Hacken ab im Wettlauf um die Gunst der Beamten. Die Kommunisten aber sind allen andern noch über: da wird Erhöhung der Bezüge beantragt, daß man sich die Finger danach ablecken möchte, den Vater Staat als Arbeitgeber zu kriegen. Und das beschränkt sich nicht auf die wirklichen Proletarier unter den Beamten, die Briefträger, die Eisenbahn-

schaffner, alle die Kategorien von Staatsarbeitern, die mit ihres Körpers harter Arbeit nützliche Dienste tun, — o nein, auch der Polizist, auch der Gefängnisaufseher, auch der Gerichtsdienner soll besser in Stand gesetzt werden, das Seine zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung beizutragen, indem er den revolutionären Arbeiter mit Gummiknüppeln kirre macht, ihn vor den Niedner schleppt und im Kittchen schön verschlossen hält. Dazu kommen dann noch die eigentlichen Bürokraten, alle diejenigen, die in irgend einem überflüssigen Ministerium in einer überflüssigen Kanzlei überflüssige Verordnungen erlassen, um damit ihre gesellschaftliche Unentbehrlichkeit zu beweisen, alle die glücklich irgendwo zwischen Scharteken und Pandekten untergekröchten Schreiberchen, die, weil sie nun mal Beamte sind, auch staatliche Befehlsgewalt ausüben, über die Handarbeiter, die zufällig auch Beamte heißen, weil ihr Ausbeuter der Staat selber ist, und über uns Nulpen aus dem Publikum, die wir das Unglück haben, einmal in ihr Ressort genötigt zu werden. Jeder von ihnen hat ja bei den nächsten Wahlen eine Stimme, und wie sollte er sie der Partei verweigern, die ihm das fetteste Dasein beantragt? Freilich sähe er sich wohl vor, die Kommunisten zu wählen, wenn er ihre Drohung, sie würden den Staat zerstören, ernst nähme. Man wird in der Tat berechtigt sein, einmal ernsthaft die Frage an die Kommunistische Partei zu stellen: Wollt ihr nun eigentlich wirklich noch den Staat zerstören? Was geht euch dann aber dessen Verwaltungsapparat an? Was interessiert euch die Sättigung des Reichwehrsoldaten, wenn euch die Einrichtung, der er dient, vernichtenswert scheint? Wir, die wir außerhalb dieser ganzen seltsamen Staatsbetreuung stehen und, bis die Stunde reif ist, unser Tun der Revolutionierung der Arbeiterschaft und nicht der gerechten Regulierung des Einnahme- und Ausgabenetats der kapitalistischen Zentralinstitution zu widmen gedenken, — wir erkennen beim besten Willen keinen grundsätzlichen Unterschied im Verhalten der der Staatseroberung beflissenen Sozialdemokraten und der zur Zerstörung des Staates entschlossenen Kommunisten. Wir sehen bloß, daß jedesmal, wenn die Sozialdemokraten den Erwerbslosen 30 Mark Unterstützung auf Kosten der arbeitenden Proletarier geben wollen, die Kommunisten verlangen, es müßten mindesten 50 Mark sein, daß die Kommunisten 100 Mark Gehaltserhöhung für den Schupowachtmeister beantragen, wenn die Sozialdemokraten bloß für 75 Mark zu haben sind, und daß die Kommunisten als einziges außerparlamentarische Mittel Straßendemonstrationen veranstalten, bei

denen Parlamentarier Resolutionen beschließen lassen, durch die sie vom Parlament Abhilfe verlangen. Daß es ganz andere Mittel gibt, mit denen das Proletariat wirklich etwas erzwingen könnte — sagen wir beispielsweise die Befreiung der politischen Gefangenen oder die Verhinderung der Schulverpfaffung — scheint vergessen zu sein, seit einmal die Herren Ebert und Noske selbst die Einsetzung wirksamer Mittel veranlaßten, damit nicht die um Kapp, sondern sie selbst die weißgardistischen Freikorps gegen die Proletarier hetzen konnten.

Wie also steht es um die wichtigste Frage des proletarischen Kampfes, deutsche Parteikommunisten? Wollt ihr den Staat zerstören oder erobern? All euer Tun und Lassen deutet darauf hin, daß ihr nur noch an die Eroberung denkt, daran also, eure eigene Bürokratie an die Stelle der heute wirkenden Hindenburg-Marx-Bürokratie zu setzen. Wir, die wir keine Marxisten sind, aber besser als die stimmkräftigsten Marxtrompeter wissen, daß die Umstände den Menschenwillen bestimmen und daß aus gleichen Ursachen gleiche Folgen kommen, sagen euch den Weg voraus, den ihr bis zu Ende gehen müßt, wenn ihr die schleunige Umkehr versäumt: es ist der Weg zur Sozialdemokratie; es ist der Weg der Sozialdemokratie; es ist der Weg, der zur Eroberung des Staates führt, aber niemals zu seiner Ueberwindung und Zerstörung; zur Eroberung des Staates durch das Proletariat für ein paar Parteibürokraten, die nichts weiter sein können als die Platzhalter für die gestürzten Gewalten, die Vernichter der Revolution und die Stiefelputzer der Reaktion. Es genügt, das einmal erlebt zu haben.

Niedner am Werk.

Ob er gerade Niedner heißt oder anders, ist nicht übertrieben wichtig. Nennen wir ihn halt Niedner. Es gibt ja auch sonst Sammelbegriffe: pars pro toto, ein Teil fürs Ganze, sagt der Lateiner. So spricht man von Seelen, wenn man komplette Einwohner meint, von Köpfen, wenn von einer Bande die Rede ist, in der oft die Köpfe gerade dasjenige sind, woran es am meisten mangelt, zählt Soldaten sehr zutreffend als Gewehre oder faßt in einem repräsentativen Namen alle mit bemerkenswerten Eigenschaften seines Trägers hervorstechend ausgezeichneten Individuen des gleichen Standes oder der gleichen Sinnesart zusammen. Man charakterisiert jemanden als Herostrat, als Schmock, als Napoleon, als Noske oder bevorzugt auch manchmal Tiernamen, die zur Kennzeichnung eines Menschen ausreichend scheinen. Wenn ich also vom Niedner rede, so ist klar, daß er nicht immer selber gemeint zu sein braucht. Vorläufig ist

er aber noch in eigener Person im Dienst, als unabsetzbarer Senatspräsident des IV. Strafsenats beim Reichsgericht des trotz allen Niedners immer noch deutsche Republik geheißenen monarchistischen Zweckverbandes.

Im empfehle zur vollständigen Klarstellung des Begriffs Niedner folgende Schriften: „Deutsche Sondergerichtsbarkeit 1918—1921“ von Felix Halle (VIVA, Berlin 1922); „Vier Jahre politischer Mord“ von E. J. Gumbel (Malik-Verlag, Berlin 1922); „Die Denkschrift des Reichsjustizministers über Vier Jahre politischer Mord“ herausgegeben von E. J. Gumbel (Malik-Verlag, Berlin 1924); „Standrecht in Bayern“ von Erich Mühsam (VIVA, Berlin 1923); „Der Tscheka-Prozeß. Die Denkschrift der Verteidigung“ von R.-A. Dr. Arthur Brandt (Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1925); „Gerechtigkeit für Max Hoelz“ von Erich Mühsam, (Verlag Rote Hilfe Deutschlands, Berlin, 3. Aufl. 1926) und endlich „Acht Jahre politische Justiz. Eine Denkschrift der Deutschen Liga für Menschenrechte E. V.“ (Hensel & Co. Verlag, Berlin 1927). Der Niedner im Original wird vorgeführt in Dr. Brandts ausgezeichnete Broschüre über den Tscheka-Prozeß, hier und dort begegnet er einem auch in der zuletzt genannten Denkschrift „Acht Jahre politische Justiz“, die den bezeichnenden Untertitel führt „Das Zuchthaus — die politische Waffe“. In dieser überaus sorgfältig zusammengetragenen und — durch seine sachliche Aneinanderreihung neudeutscher Justizjuwelen zu einer scheußlichen Talmikette der Gerechtigkeit — aufreizenden Schrift grinst uns der Niedner in allen seinen reizvollen Abwandlungen so schieläugig und stockzähmig entgegen, daß sein Porträt keiner Ergänzung mehr bedarf. (Anmerkung für den Staatsanwalt: Es liegt mir ganz fern, die Staatseinrichtung Niedner dadurch verächtlich zu machen, daß ich über sie erdichtete oder entstellte Tatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behaupte oder verbreite, wodurch ich gemäß § 131 St. G. B. — künftig nach § 166 des neuen, auch sehr schönen Entwurfs — bis zu zwei Jahren Gefängnis kriegen könnte. Ich hatte noch nicht den Vorzug, vor dem Herrn Senatspräsidenten stehen zu müssen, bezw. ihn über mir, also über mich zu Gericht, sitzen zu sehen. Ich bin daher pflichtgemäß überzeugt, daß der konkrete Herr Niedner ein hübscher und wohlgestalter Mann ist; daß sie schieläugig und stockzähmig sei, behaupte ich, wohlgemerkt!, nur von seiner Abstraktion). Was die übrigen zur Lektüre empfohlenen Werke und Werkchen anlangt, so tritt in ihnen nicht der Urniedner auf, sondern teils die Vorläufer und Verkünder der von ihm später in überreicher Fülle aus dem Talarärmel geschüttelten völlig neuartigen Rechtspraktiken, teils die später vom Niedner-Klischee gezogenen Abdrucke, die natürlich nicht alle gleichmäßig schön herauskommen konnten.

Der Reichsgerichtsrat Alexander Niedner — die Original-Prägung — hat einmal ein Buch geschrieben „Sozialisierung der Rechts-

pflege“, worin er, treu auf dem Boden nicht von ihm und seines Gleichen geschaffener Tatsachen, treffliche Grundsätze aufstellt, wie man, obwohl Jurist, das Recht in Gerechtigkeit umbiegen könne. Diese literarische Bemühung empfahl Herrn Niedner den damals noch von der Reaktion benötigten und deshalb zum Regieren zugelassenen Sozialdemokraten in dem Maße, daß ihr Ebert ihn bei der Einsetzung des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik gegen Republikaner zu dessen Vorsitzenden ernannte, ihm somit sowohl den Boden als auch den Keller der republikanischen Tatsachen zum Auf- und Ausräumen überantwortete. So schuf er nun selber Tatsachen, die ihm der monarchistischen Patrioteska nach Entfernung ihrer sozialdemokratischen Stellvertretung von Wilhelms Pfründen geeignet zeigten, als Strafsenats-Präsident beim Reichsgericht die Tätigkeit fortzusetzen und zum Ziele zu führen, welche er beim nunmehr in Gott ruhenden Staatsgerichtshof so erfolgreich begonnen hat. Daher ist er zur Zeit mit seinem ebenfalls ins Reichsgericht umgepflanzten Baumgarten, mit dem Reichsanwalt Neumann, mit seinen bewährten Zeugen, dem Kriminalkommissar Koppenhöfer und den dazu gehörigen Spitzeln Diener und König in Stuttgart tätig, um dort den zweiten Teil des Tschekaprozesses zu inszenieren, dessen erster Teil ihm in Leipzig so wohl gelungen war.

Wenn Niedner eine Reise tut, dann kann man was erleben. Einmal — es ist schon drei Jahre her — war er mit den andern Republikenschützern in Königsberg. Da nannte er die rote Fahne einen russischen Fetzen, bekundete auch sonst lebhaft seinen Widerwillen gegen ein Land, mit dem das, dessen Beamter die Niedners alle sind und bleiben, seit Brest-Litowsk (bei dieser Gelegenheit eine Träne dem verblichenen General Hoffmann!) in Frieden und Freundschaft lebt. Der Gerichtsvorsitzende bekam im Verlaufe seiner Verhandlungsleitung Krach mit dem Verteidiger Dr. Samter, da er sich dessen Protest gegen dauernde Verletzungen der Strafprozeßordnung in einem Verfahren nicht gefallen lassen wollte, bei dem das Urteil endgültig und keiner Nachprüfung ausgesetzt ist, — und das Ergebnis war: für drei Genossen 18 Jahre Zuchthaus. Sie hatten nämlich verhindert, daß die Schulz- und Klapproth-Leute beim Küstriner Putsch alle Waffen benutzen konnten, die sie zu diesem Zweck in Ostpreußen angesammelt hatten. Die drei Opfer des Königsberger Prozesses, Kalcher, Delvendahl und Leipold sitzen heute noch, wenn auch ihre Strafe in Gefängnis umgewandelt worden ist. Aber die Anrechnung der schon verbüßten $2\frac{1}{2}$ Jahre Zuchthaus als $3\frac{3}{4}$ Jahre Gefängnis (laut § 21 St. G. B.) und die Anwendung der Hindenburg-Amnestie durch den Abstrich von 2 Jahren von der erkannten Strafzeit, auf die sie, wenn das Urteil gleich auf Gefängnis gelaftet hätte, gesetzlichen Anspruch hätten, wäre zuviel der Gnade in der Republik der Niedners. Dabei ist Delvendahl schwer krank, wird aber, da die Gefängnisärzte trotz kolossaler Gewichtsabnahme und quälendster Verdauungsstörungen keinen objektiven Befund feststellen

können, nicht einmal beurlaubt. Die Schicksale Hagemesters und Albert Menzels schrecken nicht. Zwar hat man den Genossen Husemann wirklich wegen Krankheit in letzter Gefahr herausgelassen, nachdem der preußische Landtag sich um den tollen Fall angenommen hatte; für den Oberreichsanwalt aber scheint es für Proletarier den Begriff der Haftunfähigkeit auch nicht zu geben, seit man seinerzeit sogar den verflorenen Zentrumsminister Höfle in Moabit hat verrecken lassen. (Bei dieser Gelegenheit eine Träne dem verblichenen Iwan Kutisker.)

In Königsberg also fing die Persönlichkeit Niedner an, sich zum Begriff Niedner auszuweiten. Dann kam der Tscheka-Prozeß. Da entfaltete sich die Niednerknospe zur Blüte. Die bis dahin überall für selbstverständlich gehaltenen und in der Strafprozeßordnung als für jeden Richter bindend festgelegten Regeln, durch welche das Recht der Angeklagten auf zureichende Verteidigung und Prüfung der sie entlastenden Momente zu sichern versucht wurde, gerieten in dem vom Niedner ersonnenen Verfahren, gegen das es keinen Einspruch an eine zweite Instanz gibt, aus dem Geleise. Die Verteidiger wurden in der Rede- und Antragsfreiheit behindert und mit Wortentziehung bestraft, und schließlich ließ Niedner den Rechtsanwalt Samter mit Polizei aus dem Gerichtssaal führen. Das Gerichtsprotokoll durfte eine Reihe von Vorfällen, die die Verteidigung festzulegen beantragte, nicht enthalten, die Zeugen wurden je nach ihrer dem Vorsitzenden genehmen oder ärgerlichen Aussage verschieden behandelt, die zur Gerichtsstelle direkt mitgebrachten Entlastungszeugen überhaupt nicht vernommen, die Angeklagten gegen einander ausgespielt, die Charaktere unter ihnen wie Margies und Mayer angebrüllt, die Spitzel und Verräter ihrer Kameraden umschmeichelt, — und als das Urteil nach zwölfwöchiger sogenannter Verhandlung gesprochen war, ein Urteil, das dreimal die Todesstrafe und über 70 Jahre Zuchthaus aussprach, da konnten uns die Niedners, die später etwa unter dem Namen Weßling oder Bombe oder sonstwie auftraten, nicht mehr viel bieten.

Aber in Stuttgart versteht es der echte und unerreichte Ur- und Originalniedner doch wieder, uns eine Steigerung seiner eigenen Methoden vorzuführen. Es handelt sich um einen Tatsachenkomplex, der in enger Verbindung steht mit dem des Tschekaprozesses. Die Abwehrmaßregeln der revolutionären Proletarier gegen die Versuche der Hitlerbande, in Württemberg die Bazillen auf den Putschbock zu setzen und ihre schwarzrotgoldigen Platzhalter standrechtlich abzusägen (bei dieser Gelegenheit eine Träne dem verblichenen Wilhelm Bloss), diese vorbereitenden Maßnahmen der Kommunisten gegen, selbstredend unverfolgt gebliebene, Umsturzversuche der Fascisten sind heute wie damals Inhalt der Schauerromane, die der Niedner zu bewiesenen Verbrechen forensisch herzurichten als seine Aufgabe betrachtet. Das gleiche Ermittlungssystem der Stuttgarter Polizei wie im Tschekafall, dieselben Inquisitoren im Untersuchungs-

verfahren, dieselben Provokateure und Spitzel, die teils aufgeregte Handlungen tatsächlich inszeniert haben, teils als Zeugen das nicht Geschehene als geschehen bekunden, dieselbe Schikaniererei und Behinderung der Verteidigung und jeglicher Entlastung wie damals und dazu jetzt auch noch eine Reihenfolge in den Verhören, bei der die Angeklagten methodisch verwirrt werden; Angeklagte und Zeugen werden durcheinander vernommen, und das Gericht läßt sich schon von belastenden Aussagen gegen einen Beschuldigten beeinflussen, ehe der Beschuldigte sich selbst im Zusammenhang äußern darf. Der Prozeß ist bei Schluß der Redaktion noch nicht zu Ende. Soviel ist klar: Die kommunistischen Genossen werden jämmerlich verdonnert werden, und in ganz Deutschland wird wieder außer dem Niedner und den Niedners kein Mensch sein, der das Urteil für einen Rechtsspruch halten wird.

Wo kein Kläger ist, sagt man, ist auch kein Richter; wo aber in Deutschland ein Richter ist, da ist kein Kläger. Es hat auch wenig Sinn, den unabsetzbaren Niedner anzuklagen. Er leistet an öffentlicher Aufreizung und Vorbereitung zur revolutionären Verfassungsänderung soviel, wie wir nur wünschen können. Ich komme aber auf den schon vor zwei Monaten hier gemachten Vorschlag zurück, man solle doch die Niedners alle wie die Chauffeure und Piloten in regelmäßigen kurzen Abständen auf ihren Nerven- und Geisteszustand untersuchen lassen, — natürlich nicht von Gefängnisärzten, sondern von solchen, die auch mal ohne Stetoskop einen objektiven Befund konstatieren können. Nicht daß ich der Meinung wäre, der Herr Reichsgerichtsrat und Senatspräsident Alexander Niedner sei verrückt, im Gegenteil: das Proletariat soll erfahren, daß die Urteile des Mannes und seiner Art wirklich von geistig intakten und zurechnungsfähigen Personen gefällt werden. Stellt sich das durch eine psychiatrische Untersuchung heraus, die natürlich auch den täglichen durchschnittlichen Alkoholverbrauch der Richter berücksichtigen müßte, die berufsmäßig Menschenschicksale zu vernichten haben, dann wäre der politische Tendenzcharakter dieser Justiz und ihre Klassenbefangenheit jedem letzten Zweifel entrückt, und die Vorgänge in Wien bekämen ein noch viel eindringlicheres Aussehen, als wenn die Möglichkeit bestehen bliebe, das, was bei deutschen Richtersprüchen als Geist ausgegeben wird, könnte krank sein.

Wien! Ja, die Wiener Arbeiter sind auf die Barrikaden gegangen um dessentwillen, was sie Gerechtigkeit dünkt, und der Brand des Wiener Justizpalastes hat die große Sehnsucht des österreichischen Proletariats beleuchtet, endlich zum Anschluß an den deutsche Republik geheißenen monarchistischen Zweckverband zugelassen zu werden. Dann brauchen sie nicht mehr um die kümmerlichen Restbestände revolutionärer Errungenschaften in den Generalstreik zu treten. Dann haben sie von selber, was sie nicht einführen lassen mögen: den Hindenburg gleich hinter dem Parker Gilbert an der Spitze des Reichs, den Niedner an der Spitze des Rechts, den 10-

und 12 Stundentag, die Sitten- und politische Zensur, die Industriellen- und Pfaffenherrschaft, das Streikverbot für die Beamten und die Todesstrafe nebst dem § 48 der Reichsverfassung. Auch brauchen sie nie wieder wegen eines ungerechten Schwurgerichtsurteils Revolten zu unternehmen. Denn bei uns gibt's seit Emminger keine Schwurgerichte mehr, — bei uns machen es die Niedrers alle selbst. Unser Schattendorf heißt zur Zeit Arensdorf. Der Termin für den Freispruch scheint noch nicht festgesetzt zu sein. Aber hierzulande sind die Kriminal- und Reichsgerichte feuerfest gebaut und der gesunde Nachtschlaf der Niedrers ringsum schnarcht in des Volkes geduldiger Hut.

Nächstens wieder Krieg.

Wir demonstrieren, wenn sich der Zusammenbruch jener Kabinettpolitik jährt, die von 1871 — 1914 den europäischen Waffenstillstand mit diplomatischen Kniffen, dauernd gesteigerter Rüstungs-Konkurrenz, gelegentlichen gemeinsamen Raubzügen gegen andersfarbige Völker und allerlei unverbindlichen Kontrakten zu balancieren suchte, gegen neue kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Staaten. Daran tun wir recht. Wir täten aber besser, uns umzusehen, ob alle die schönen Parolen „Nie wieder Krieg“, „Krieg dem imperialistischen Kriege!“, „Gegen jeden Krieg!“ bis jetzt die Gefahr des neuen Massenmordes unter den Arbeitern und Bauern aller Länder im geringsten abgeschwächt haben. Machen wir uns ja nichts vor: noch nie seit 1918 war soviel Grund gegeben, sich zur Abwehr drohender Katastrophen zu sammeln, wie augenblicklich. In Genf beraten die Flottenschieber der Vereinigten Staaten, Englands und Japans, wie es zu machen sei, daß man immer mehr Kriegsschiffe baut und dabei die Welt glauben macht, man rüste ab. In Wahrheit will man vorläufig nicht gegen einander Krieg führen, sondern England Atem gönnen, um den grossen Schlag gegen Rußland auszuführen. Um für diesen Schlag in Europa selbst alle drohenden Schwierigkeiten wegzuräumen, ist Mussolinis Italien und Pilsudskis Polen bereits gewonnen. Deutschland steht noch insofern im Wege, als sich Herr Stresemann gern hinter den bekannten Locarno-Vorbehalt verkröche, mit dem vielleicht beabsichtigt gewesen ist, den Kriegsschauplatz von der norddeutschen Tiefebene fernzuhalten. Nun würden die Briten nicht im geringsten länger zögern, trotz platonischer Zusagen, die Schützengräben in dem halb schon verbündeten Deutschland anzulegen, wie die Deutschen vor 13 Jahren gezwört haben, das in dem Belgien zu tun, dessen unverletzliche Neutralität sie in feierlichen Verträgen beschworen hatten. Aber kleine Trinkgelder verpflichten zu dem, wozu bloßes Zureden nicht zwingen kann. Und Stresemann ist ja billig. Die Räumung des Rheinlandes von Siegertruppen, um sie von Schupo und Reichswehr besetzen zu lassen, wäre in Frankreich nicht leicht populär zu machen. Es genügt für die Hindenburgrepublik, ihr wilhelminisches Prestige zu streicheln, und Berlin tanzt wie London pfeift. Darum läßt man jetzt deutsche Reichswehroffiziere zusehen, wie englische Truppen Manöver machen, ja, Deutschland soll sogar wieder Militärattachés ihren auswärtigen Gesandtschaften beordnen dürfen. So ein Mann hat, wie Meyers Konversationslexikon vor dem vorerst letzten deutschen Kriege lehrte, „lediglich aus eigener Anschauung Kenntnis von den offenkundigen Heereseinrichtungen des betreffenden fremden Staates zu nehmen und seine Regierung in der Beurteilung der allgemeinen militär-

politischen Verhältnisse dieses Staates durch fachmännisches Urteil zu unterstützen“. Die Herren Chamberlain und Churchill wünschen also, daß Deutschland von dem lerne, was die andern durch die Besiegung Deutschlands „militärpolitisch“ gelernt haben. Kein Zweifel, daß der Schüler, dessen Neigungen schon immer diese Kenntnisse betrafen, sich gelehrig erweisen wird. Schon hat auch, wie die Weltbühne mitteilt, unser verlossener Heye, der General Seekt von Münsingen, einen hochwichtigen Besuch in Italien gemacht, und zwar als Vertrauensmann der Rechtsparteien. Nun schreit nur: „Nie wieder Krieg“ oder „Nieder mit dem imperialistischen Kriege!“ Das haben die Berliner Arbeiter am 29. Juli 14 Unter den Linden auch geschrien. Wenn ihr nicht schreit: Krieg bedeutet Insurrektion! Wir werden die Mobilisation durch Generalstreik verhindern, dem Staat den Waffendienst verweigern und den Krieg im eigenen Lande führen, Klasse gegen Klasse, Proletariat gegen Bourgeoisie — aber Gewalt gegen Gewalt! — solange ihr das nicht schreit und so schreit, das man es euch glaubt, solange bestimmt nicht ihr, Arbeiter, Revolutionäre, Kriegsgegner, was geschieht und unterbleibt, sondern Churchill und Chamberlain bestimmen es, und Stresemann und Heye und Claß und Breitscheid und Hitler und Noske führen es aus.

Viele gute Menschen rufen auch in jedem deutschen August statt „Nie wieder Krieg!“ „Hoch die Verfassung!“ Beinahe wäre sogar der 11. August zur Feier des Tages, der aus der Revolution wieder offiziell den Hochverrat machte, neulich im Reichstag als Nationalfeiertag heilig gesprochen worden. Aber die Freude ist uns wieder mal für später aufgespart worden. Die Bayern zumal haben den Einwand erhoben, daß ein solcher Beschluß verfassungsändernden Charakter hätte, ebenso wie der, mit dem man die Fürsten beinahe zu Gunsten des Staates enteignet hätte und im Gegensatz zu der Absicht, die Schule und die deutsche Jugend der Kirche auszuliefern. Aber so ist sie wirklich, unsere geliebte Reichsverfassung vom 11. August 1919: diese Verfassung feiern heißt sie verändern! — Lustig geht's zu bei uns; — na, nächstens wieder Krieg!

Kultur-Blüten.

Der verdammte Platzmangel läßt wieder die Beschäftigung mit einer Reihe beachtenswerter Kulturblüten nicht zu. Ueber Harry Domela kann man in Deutschland getrost zur Tagesordnung übergehen. Daß sich hierzulande Grafen, Studenten, Offiziere, Hoteliers, Richter und Lakaien aller Sorten, sobald es hohenzollerisch riecht, auf den Bauch schmeißen wie Ludendorff vor der Münchener Feldherrnhalle, wußten wir auch vorher schon, und daß es für einen kleinen Hochstapler nicht schwer ist, alle Stützen der Gesellschaft an Intelligenz zu überragen, ohne dabei selbst hervorragend intelligent sein zu müssen, ist erst recht keine Ueberraschung. — Schmerzlicher ist es, den Knochenfunden auf dem Ulap-Terrain keine ausführliche Betrachtung widmen zu können. Ich muß mich damit begnügen auszusprechen, daß mir die Herkunft dieser Menschenreste aus den Noskemorden 1919 absolut erwiesen zu sein scheint. Wenn es auch wahr sein sollte, worauf der Vorwärts in seinem Eifer hinweist, die Toten zugleich 1813 im Franzosenlazareth ihren Wunden erlegen und 60 Jahre danach an Cholera gestorben sein zu lassen, daß man keine Kleider und Stiefel bei ihnen gefunden hat, so wäre vielleicht daran zu erinnern, daß die Weißen Garden, beispielsweise in München, kaum einen Genossen abgeschlachtet haben, dem sie nicht außer Uhr und Fingerringen auch die Anzüge und Schuhe gefleddert hätten. Derlei Requisitionen waren bekanntlich straffrei (meine eigenen Ansprüche auf Ersatz dessen, was

bei der „Haussuchung“ nach meiner Verhaftung geplündert wurde — die Ordnungsmänner haben mir und meiner Frau auch nicht einen Strumpf übrig gelassen — wurden mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Räubereien von Regierungstruppen im Dienst verübt worden wären, infolgedessen Staat und Stadt nicht ersatzpflichtig seien); so ist die Nacktheit der Knochen, bei denen immerhin feldgraue Stoffreste und einzelne Matrosenknöpfe gefunden wurden, nicht weiter erstaunlich. Erstaunlich ist nur, daß der Marloh-Prozeß schon ganz vergessen zu sein scheint. Sonst wäre der Versuch der Ablehnung jeder Möglichkeit, als ob vor 8 Jahren in Berlin unbekannte Tote in heimlich geschaufelte Massengräber verräumt worden wären, zu lächerlich, um unternommen werden zu können. Die Lebendigen kann man in Zuchthäusern zeitweilig zum Schweigen zwingen, aber — das mag sich der Vorwärts merken — den Toten kann kein Noske mehr das Reden verbieten. Und ihre Sprache zeugt laut und deutlich von der Kultur unserer Zeit.

Auch Sacco und Vanzetti werden ihre Stimme über die Welt klingen lassen, vernehmlicher noch aus dem Grabe als aus dem Kerker, wenn die amerikanischen Henker es wirklich wagen sollten, sie zu ermorden. Werden sie? Heute heißt es, die Verurteilten seien in die Todeszelle überführt, morgen, es seien neue Entlastungsbeweise zum Vorschein gekommen, — und zuletzt erfährt man, Vanzetti sei in den Hungerstreik getreten. Zugleich wird der 10. August genannt als Termin, an dem endgültig der elektrische Stuhl in Funktion treten solle. Was ist wahr? Wahr ist, daß die amerikanische Kultur das Schauspiel der größten Justizinfamie bietet, die bisher aus allen Zeiten und allen Ländern bekannt geworden ist. Seit geschlagenen 7 Jahren spielt man mit dem Leben zweier Menschen, wie ein achtjähriger Junge wohl einmal eine halbe Stunde mit dem Leben einer Fliege spielt: ihr müßt sterben, ihr Mörder, ihr Banditen — in der nächsten Woche werdet ihr sterben. Nun, es ist wahr, wir wissen noch nicht genau, ob ihr Mörder und Banditen seid oder nur Anarchisten; so wollen wir euch noch mal ein paar Wochen leben lassen. So, im nächsten Monat werdet ihr nun bestimmt dran glauben; doch gut, wir geben euch noch einmal Aufschub. Sieben Jahre geht das jetzt so! Hätte die Menschheit nur eine Spur Phantasie, dann duldet kein Volk der Welt eine Regierung im Lande, die mit den Vereinigten Staaten noch irgendwelche Beziehungen unterhält, dann gäbe sich kein Arbeiter irgendwo dazu her, ein amerikanisches Schiff zu beladen oder zu löschen, dann miede jeder Europäer die persönliche Berührung mit den amerikanischen Vergnügungsreisenden wie mit Aussätzigen und zwänge sie zu dem Nachweis, was sie schon zum Protest gegen die langsame Ermordung zweier Revolutionäre in ihrem Lande getan haben, ehe man ihnen ein Stück Brot zum Essen und einen Stuhl zum Sitzen böte. Ja, wenn die Menschen Phantasie hätten . . .

Nebenbei.

Der Sekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte, Otto Lehmann-Rußbüldt macht mich darauf aufmerksam, daß ich im Artikel „Kriegsgefahr“ des Heftes 10 des FANAL zu Unrecht behauptet habe, neben dem Vorwärts hätten auch die deutschen Pazifisten bei der Abdrosselung der Gefangenen aus der Pekinger russischen Botschaft ihre Tränendrüsen für die Proteste gegen die Hinrichtung der Gegenrevolutionäre in Rußland geschont. Die Liga hat, wie ich mich am übersandten Material überzeugt habe, aus eigener Initiative eine Aktion gegen die Hungerblockade Rußlands unternommen und bei der internationalen Liga in Paris einen gemeinsamen Protest gegen die Verletzung der diplomatischen Behörden und Personen in London und Warschau

durchgesetzt, sich auch an allen Protestaktionen wegen Peking beteiligt. — Ich erfülle sehr gern den Wunsch Lehmann-Rußbildts, diese Richtigstellung zu veröffentlichen und bitte die Leser, auf Seite 149 des FANAL bei dem auf den Vorwärts und die deutschen Pazifisten gemünzten Angriff die Deutsche Liga für Menschenrechte als nicht mit betroffen zu betrachten. Immerhin durfte ich leider außer vom Vorwärts auch von deutschen Pazifisten schreiben. Es gibt ja noch welche außerhalb der Liga.

Ferner bedarf die Notiz des vorigen Heftes, die der Entschleierung meiner Biographie gewidmet ist, der Ergänzung. Eine der proletarischen Dreckschleudern, von denen in Heft 9 die Rede war, dort als halbanarchistisches Blättchen aus dem Erzgebirge bezeichnet, liefert interessante Beiträge zu meiner Entlarvung. Ich weiß nun, daß ich sozialdemokratische Lämmeraugen habe, mich mit Rosenberg und Lensch in Verbindung bringe und für Kapitalisten und deren Ordnung schriftstellere. Ich bin ein „Parasit“, der „seine Geistesblitze sich von Revolutionären bezahlen läßt“ und „als bezahlter Saalpfaffe“ „gefährlicher als ein Kanzelpfaffe“. Denn ich „reite auf Menschheit, um obenrauf auf die Bühne zu kommen“. „Dann aber scheint es“ — und diesem Donnerkeil ist ein besonderer Abschnitt gewidmet —, „als ob er nicht etwa bezahlt wird, weil er für die Rote Hilfe Reden hält, sondern er redet für die Rote Hilfe, damit er Bezahlung erhält“. Dahinter steht nicht bloß ein Ausrufungszeichen, es folgen sogar noch zwei Sterbekreuzchen. Derartig tot gemacht bin ich. Da die Wahrheitshaubitze traurig ist, weil ich und die übrigen „überedlen Kämpfer“, die „in den großen sozialdemokratischen Sumpflöchern Amsterdamer und Moskauer Farbe nicht die ersten sein können“ und sich daher „in irgend eine Richtung der revolutionären Bewegung hineingeschmuggelt oder selbst so einen Laden aufgemacht haben“, „sogar geflissentlich unsere Adresse ihren Anbetern vorenthalten, damit sie sich nicht etwa von der Richtigkeit unserer Darstellung überzeugen können“, will ich sie trösten und den FANAL-Lesern genau sagen, wo sie stets zuverlässig über meine Person, meinen Charakter, meine Profitquellen und hoffentlich bald auch über mein Sexualleben unterrichtet werden: es ist der „Proletarische Zeitgeist. Eine von Arbeitern für Arbeiter geschriebene Zeitung“, die das Motto führt: „Die Selbstbewußtseinsentwicklung ist die erste Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse“. Die Adresse lautet: Emil Horn, Freital 2 (Sa.) Mozartstr. 8, I. Die zitierte Wahrheit über mich ist nachzulesen in Nr. 28 des 6. Jahrgangs. — Ich muß meine Anbeter dringend bitten, alle über mich gewünschten Aufklärungen immer direkt aus diesem wertvollen Organ zu schöpfen, da ich viel zu feige, korrupt und verlogen bin, um im FANAL jemals wieder das Wagnis zu unternehmen, den Enthüllungen des ebenso unerschrockenen wie proletarischen Zeitgeistes zu widersprechen.

Proletarischer Aufstand in Wien!

(Vorläufiges)

In der deutschen demokratischen Republik herrscht hemmungslos der Fascismus durch das Mittel der Justiz. In der österreichischen demokratischen Republik war die Justiz im Begriff, den Fascismus ebenfalls einzubürgern, ohne dem parlamentarischen System die geringste Kränkung zuzufügen. Das deutsche Proletariat ist von den parlamentarischen Parteien so verliebt gemacht worden in seine verfassungsmäßig garantierten Rechte, daß es in dem Gebaren seiner Klassenrichter kaum mehr erkennt als Verblendung und Uebermut gehässiger und fanatisch-reaktionärer Personen. Die Wiener Arbeiter-

schaft durchschaute schon bei einer der ersten offenen Solidarisationen der Justiz mit den Mördern der fascistischen Organisationen, daß es sich hier um organisierten Bürgerkrieg handelt, der im Rahmen der Verfassung und unter zweckmäßiger Anwendung der Demokratie und der Staatsmittel einseitig gegen die Arbeiter geführt wird. Das Wiener Proletariat griff zu den Abwehrmitteln, die der Bürgerkrieg ihm als natürliche Waffen zuweist. Es ging auf die Straße, legte den Verkehr still, baute Barrikaden und stürmte und zerstörte das Justizgebäude, den Seuchenherd des Fascismus. Die Aktion des Wiener Proletariats ist von keiner Führerschaft organisiert worden, sie entsprang der genialen Intuition der Masse, die nie irrt, wenn sie in Erregung führerlos zur Selbsthilfe greift. Die Niederbrennung des Wiener Justizpalastes am 15. Juli 1927 wird in der Geschichte lebendig bleiben als eine der großartigen revolutionären Symbolhandlungen, die, wie die Erstürmung der Bastille am 14. Juli 1789 und die Fällung der Vendôme-Säule am 16. Mai 1871, der Empörung, der Kritik und dem Willen der in spontane Bewegung geratenen Massen fanalhaften Ausdruck geben. Der Ort, an dem die herrschende Klasse Urteile fällt gegen das Recht der arbeitenden Klasse — ein Trümmerfeld; das Papier, das in Grundbüchern die Privilegien des Besitzes, in Gerichtsakten die Vergewaltigung der Armen durch die Reichen festlegt, — ein Aschenhaufen: zum ersten und einzigen Male in seiner Sterbestunde war der Justizpalast in Wien die Stätte eines gerechten Urteils. — — Es ging mit der prachtvollen Erhebung der Wiener Arbeiter, wie es noch jedesmal mit allen selbstherrlichen Entschlüssen derer gegangen ist, die von Freiheit und Recht ein wissendes Gefühl haben. Berufspolitiker, die nicht den Arbeitern zur Befreiung, sondern sich selbst zur Regierung verhelfen wollen, stellen sich an die Spitze des Aufruhrs, um dem Aufruhr die Spitze abzubreaken. So trieben es die Sozialdemokraten bei uns im Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918, dann am 9. November, so haben es jetzt die Austromarxisten gemacht, die politisch etwa die Rolle der früheren rechtsunabhängigen Sozialdemokraten spielen. Sie proklamierten den Generalstreik, als er längst ausgebrochen war, und sie erwürgten ihn, als sie den Massen suggeriert hatten, daß nie die Arbeiter, sondern immer nur ihre bezahlten Führer wissen können, was anzustreben und was zu erreichen ist. Sie haben die Bewaffnung des Proletariats, die Entwaffnung der Konterrevolution verhindert, und sie haben zu den weißen Noskengarden noch die weißbroten Hörsinggarden bewaffnet und den Fascisten ausgeliefert. Als das geschehen war, haben sie vor den Seipel und Schober bedingungslos kapituliert, und wenn sie ihren Zweck erreichen sollten, nun selbst wieder zum Regieren zugelassen zu werden, dann werden sie das nächste Mal vor den Leichen gefallener proletarischer Kämpfer nicht mehr nötig haben, Anklagegesten gegen die Reaktion zu markieren; dann werden sie selber das Kommando zum Feuern geben dürfen und es nicht minder freudig tun wie der Berliner Barmat-Bauer, als er in die gegen die Schändlichkeit des Betriebsrätegesetzes nur allzu friedlich, nur allzu diszipliniert demonstrierenden Arbeiter hineinkartätschen und ihrer an die 50 tot niederstrecken ließ. Die österreichischen Sozialdemokraten fordern ihre Aufnahme in eine Koalition mit den Seipels; und die Kommunisten? o, die fordern eine „Arbeiter- und Bauernregierung“, will sagen ihre Aufnahme in eine Koalition mit den Sozialdemokraten! Nein, nicht diese oder solche oder sonst eine Regierung ist zu fordern, sondern das, was den Arbeiter-Interessen gemäß ist: die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten durch freie Räte, das heißt die Freimachung des Weges über die politische Revolution zur sozialen Befreiung, zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel, zur Abschaffung des Lohnsystems und zur Beseitigung der Klassen.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zur besonderen Beachtung!

Die Vorträge fallen im August aus.

Zusammenkünfte, die ausschließlich die Beratung über **Ausgestaltung der Organisation** und **Schaffung einer eigenen Presse** betreffen, werden durch besondere Einladungen bekannt gegeben.

Für die Durchführung der bereits gefaßten Beschlüsse sind unbedingt **freiwillige Geldspenden** nötig. Die an einer **wirksamen Belebung der anarchistischen Bewegung** interessierten Genossen werden gebeten, **Geldbeiträge** zu senden an die **Genossin Klara Klyszynski**, Berlin-Neukölln, Treptowerstr. 10, v. IV.

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Die sozialistische Monatsschrift

Bezugspreis: vierteljährlich 60 Pfennige.

Aus dem Inhalt der letzten Hefte:

CHU KUN-CHING: „Das Problem China“. — EICHLER: „Die Trade-Union Bill“. — KUMLEBEN: „Gefahren für die weltliche Schule in Frankreich“. — OWEN: „Hohe Löhne in Amerika“. — RAUSCHENPLAT: „Erfreuliche und unerfreuliche Nachrichten aus der Sowjet-Union.“ — SCHMIDT: „Der Stahlhelm in Berlin“.

Abonnieren Sie den „ISK“ bei der Post!

Probehefte kostenlos durch

N. HINKEL, Schlüchtern (Bez. Kassel)



Die Neue Generation

Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker

Monatsschrift, Jahresabonnement RM. 8.—

Die Lektüre der von Helene Stöcker vorzüglich geleiteten „Neuen Generation“ sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende empfehlen und verbreiten, da diese Zeitschrift überhaupt als eine der besten in deutscher Sprache zu werten ist.

Welt am Montag.

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich ideenreichsten Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sexualreform.

Bertram Lloyd.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
sowie durch den

VERLAG DER NEUEN GENERATION

Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

Kriegsgegner!

Friedenskämpfer!

Verbreitet und verwendet die vom „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“ herausgegebenen

Antikriegspostkarten

Die Leser des „FANAL“ erhalten auf Wunsch eine Musterserie gratis von der Geschäftsstelle:

Berlin N 31, Voltastr. 19